



JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION 2022

Statement zum Thema Cybermobbing

Die Schulen werden immer mehr digitalisiert und das bringt natürlich sehr viele Vorteile mit sich. Dabei sind Schüler*innen länger online und sind dem Internet stärker ausgesetzt, was einige Gefahren wie Cybermobbing mit sich bringt, die wir aber verhindern können.

Beim analogen Mobbing können sich die Kinder an ihre Eltern wenden und Hilfe bekommen. Die Eltern erziehen ihre Kinder, wie sie mit Mobbing umgehen können und geben Unterstützung, weil sie sich damit auskennen.

Cybermobbing ist für die Elterngeneration etwas Neues. Manche Eltern wissen nicht, ob dieses existiert, und wenn es vorkommt, können sie nicht handeln. Auch so gilt es für die Lehrkräfte. Schüler*innen könnten sich mobben und die Lehrer*innen merken dies nicht.

Kinder können sich von Cybermobbing nicht bewahren, wenn sie nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Deswegen sollten Eltern/Lehrkräfte über Cybermobbing gut informiert und gebildet werden. Kinder sollten auch in Schulen genug gebildet werden, weil sie sich mit Cybermobbing zu Hause nicht befassen. Und wenn Cybermobbing stattfindet, werden die Kinder wegen Scham niemandem von der Erfahrung erzählen und wegen Unwissenheit nicht wissen, wie sie handeln sollen. Und das alles liegt nochmal daran, dass Kinder und Jugendliche von diesem Thema nicht aufgeklärt werden.

Mindestens fünf Schüler in jeder Klasse sind schon mal online gemobbt worden. Außerdem gibt es in Deutschland noch keine eigenen Straftatbestände zum Cybermobbing und um die Politik zu erreichen, müssen Jugendliche sich viel Mühe geben.

Deshalb ist die Hauptfrage jetzt, warum hat Deutschland diese Gesetze noch nicht und nimmt dieses Thema nicht ernst?!

“Alles was offline verboten ist, muss auch online verboten sein“, sagte die dänische Sozialdemokratin Christel Schaldemose. Und eigentlich nur so ist das logisch richtig.



JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION 2022

Statement zum Thema Cybermobbing

Häufig wird gesagt, dass Jugendliche bei solchen Situationen Beweise für den Angriff sammeln sollen und damit können sie sich an vertraute Personen wenden. Oder, dass Betroffene die konkrete Fälle melden sollen, denn nur so werden die Statistiken richtig sein und ernst genommen werden. Aber haben wir uns überlegt, ob Jugendliche diese Lösungen einfach und ohne zusätzliche Hilfe implementieren können, wenn das Ereignis eintritt? Oder ob Jugendliche überhaupt die notwendigen Informationen bekommen?

In der letzten Zeit hat sich die EU Gedanken um das Thema gemacht und sich entschieden, den "DSA" umzusetzen. Der "Digital Service Act" soll das Netzwerk Durchsetzungsgesetz aufholen. Er soll zu einer Online-Welt führen, in der unsere Menschenrechte besser geachtet werden, indem die unkontrollierte Macht von Big Tech wirksam gebremst wird. Außerdem sollte es bis 2024 umgesetzt werden.

Wenn das nicht eingehalten wird, drohen bei Verstößen Geldstrafen von bis zu 6% des Jahresumsatzes. Und bis dahin müssen wir uns überlegen, welche Möglichkeiten wir haben, um Eltern und Lehrkräfte aufklären zu können, denn meiner Meinung nach werden die meisten Jugendlichen bei solchen Situationen sich an diese Personen wenden, denn sie sind ihnen am nächsten.